Themenschwerpunkt: Realität und Realismus in der Demokratietheorie

Wirklich demokratisch?

Für eine realistische Demokratietheorie

Andreas Busen / Alexander Weiß*

1. Warum Realismus in der Demokratietheorie?

Die Moderne ist komplex (Niklas Luhmann), beschleunigt (Hartmut Rosa), multipel (Shmuel N. Eisenstadt), sie ist durch Kapitalismus, Digitalisierung und Globalisierung geprägt und sie weist Vulnerabilitäten durch Klimawandel, Pandemien, globale soziale Ungleichheit und Kriegs- und Terrorgefahren auf. In einer derart und zunehmend komplizierten Umgebung transformiert sich Demokratie zum dritten Mal in der Moderne von Grund auf: Nach der ersten Transformation hin zur repräsentativen Demokratie im ausgehenden 18. Jahrhundert und der zweiten Transformation zur Massendemokratie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind wir gegenwärtig Akteure und Zeugen in einer dritten Transformation, deren Ausgang offen scheint. Die ersten beiden Transformationen wurden durch Reflexion und semantischen Umbau in der Politischen Philosophie und der Demokratietheorie begleitet, und eine konstruktive und kritische Begleitung ist unserer Auffassung nach auch die Aufgabe einer an Realität orientierten Demokratietheorie in der gegenwärtigen Transformation. Aber um das zu leisten, muss - so die Ausgangsthese – die Demokratietheorie die ihr zunehmend entgleitende Wirklichkeit begrifflich und theoretisch zunächst erfassen, um auf der Basis eines solchen Realismus die Demokratie in ihrer Transformation sowohl davor zu bewahren, zu sehr an der Gültigkeit all ihrer Normen und der Stimmigkeit all ihrer Institutionen festzuhalten, als auch davor, schleichende oder abrupte Übergänge der Demokratie in etwas nicht wünschenswertes Anderes zu erleben. Besonders in Zeiten beschleunigter gesellschaftlicher und politischer Veränderung kann Demokratietheorie sich nicht auf überzeitliche oder – noch abstrakter – überkontextuelle Wahrheiten verlassen, ohne sich dadurch der Gefahr auszusetzen, einen Begriff von Demokratie zu vertreten, der immer weniger zur Wirklichkeit passt und sich potenziell gar als Hindernis für demokratische Transformationen erweist.

^{*} Andreas Busen, Universität Hamburg, Kontakt: andreas.busen@uni-hamburg.de Alexander Weiß, Universität Rostock, Kontakt: alexander.weiss@uni-rostock.de

Nach den Krisendiagnosen über Demokratie und der Metareflexion über den Diskurs der Krise in den ersten beiden Dekaden den 21. Jahrhunderts (vgl. Merkel 2016; Urbinati 2016; Schaal 2016) hat sich zuletzt die Debatte dahingehend zugespitzt, dass vom 'Ende der Demokratie' gesprochen wird (vgl. Levitsky/Ziblatt 2018; Runciman 2019). Dass Demokratie heute, in der dritten Gegenwelle der Demokratisierung, anders gefährdet ist als in den ersten beiden Gegenwellen im 20. Jahrhundert und nicht mehr vor allem durch Panzer und erkennbare Putsche, sondern durch schleichende Prozesse der Aushöhlung von Institutionen beseitigt werden kann (vgl. Diamond 2020; Przeworski 2019: 172–191) und dass sich neben der Demokratie autokratische Alternativen auftun, die nicht nur für ihre Machthaber*innen attraktiv scheinen (vgl. Applebaum 2020; Brennan 2016), ist immer nur für solche Demokratietheorien überraschend, die sich zu lange zu wenig mit Veränderungen der Realität befasst haben. Stattdessen brauchen wir etwas, was im Kontext dieses Themenschwerpunktes als 'realistische Demokratietheorie' zu bezeichnen ist.

Für diese ist das Wissen um veränderte Mechanismen und Handlungslogiken in der Demokratie zentral. Darüber hinaus ändern sich zugleich die Bedingungen, in denen Demokratie sich bewähren muss, sowohl durch gesellschaftstransformierende Prozesse wie die Digitalisierung als auch auf der Ereignisebene durch Pandemie, den Krieg in der Ukraine oder den Klimawandel, fundamental. Welche dieser und vergleichbarer sonstiger Realitätsausschnitte sind aber für die theoretische Reflexion über Demokratie relevant? Während diese Frage zunächst offen und Gegenstand der Beiträge im Themenschwerpunkt über *Realität und Realismus in der Demokratietheorie* ist, stellen wir die These voraus, dass Demokratietheorie erheblich mehr Realität zusammen mit erheblich mehr methodischer Reflexion über ihren Realitätsbezug braucht. Ein Rückgriff auf 'Realismus' als programmatischen Ansatz scheint hier nahezuliegen, allerdings zeigt sich, dass mit dem Label 'Realismus', zumal disziplinübergreifend, verschiedene Positionen verbunden wurden und werden.

1.1 Ein breites Angebot: Verschiedene Realismen

Wie verhalten sich die verschiedenen Realismen zueinander? Zunächst ist festzuhalten, dass die Fragen, ob Realität bestehe und wie sie zu erkennen sei, von den Fragen zu unterscheiden sind, welche Rolle die je erkannte Realität in der Politischen Theorie spielen solle und welche Effekte diese Realität auf die politische Praxis hat. Die ersten beiden Fragen sind von den letztgenannten unabhängig zu beantworten. Hier zeigt sich also eine disziplinäre Grenze: Während Realismen in der Philosophie der Frage nachgehen, ob es sinnvoll sei, eine denk- oder sprachunabhängige Wirklichkeit anzunehmen, liegt die Hauptfrage in der Politischen Theorie eher darin, welche Rolle der Realitätsbezug in der Theorie einnehmen solle. Allgemeine ontologische und erkenntnistheoretische Fragen werden dabei zunächst unberührt gelassen. Dies bedeutet auch, dass ein Realismus in der Politischen Theorie nicht auf einen "naiven Realismus" reduzierbar ist, der annimmt, dass Dinge prinzipiell einfach erkennbar seien, sondern sehr wohl mit verschiedenen Varianten ontologischer und epistemologischer Positionen vereinbar ist.

Die Frage des Realitätsbezugs in der Politischen Theorie ist demnach etwa formulierbar und zudem relevant sowohl für konstruktivistische Positionen – sei es in der Variante des Sozialkonstruktivismus (vgl. Berger/Luckmann 1966), des radikalen Konstruktivismus (vgl. Schmidt 1986; von Glasersfeld 1997) oder in der Variante des den Konstruktivismus auf soziale Tatsachen beschränkenden Ansatz bei John Searle (1997) – als auch für Positionen eines 'direkten' oder 'naiven' Realismus, in dem angenommen wird, dass unsere Wahrnehmungsinhalte gute Hinweise auf Wirklichkeit sind (in der Philosophie vertreten von Dewey 1911 bis Putnam 1994) oder eines 'neuen Realismus', der die Pluralität von Perspektiven, denen allerdings Wirklichkeitsbezug unterstellt wird, anerkennt (vgl. Gabriel 2014; 2016).

Aus der Forderung nach mehr Berücksichtigung dessen, was Realität ist, ergibt sich also keineswegs eine Disposition für einen bestimmten Ansatz in der Ontologie oder Epistemologie. Gleiches gilt für die Ethik und ihre metaethische Frage nach der Existenz moralischer Tatsachen (vgl. Stahl 2013): Während Realist*innen (auch: Kognitivist*innen) hier die Position vertreten, dass moralische Tatsachen Teil der für den Menschen erkennbaren Wirklichkeit sind (und den Urteilen über sie entsprechend ein Wahrheitswert zukommt) (vgl. Brink 1989), bestreiten "Non-Kognitivist*innen" genau dies und bezeichnen moralische Positionen als Ergebnisse menschlicher Konstruktion (vgl. Blackburn 1993; 2006). Beide und weitere Ansätze sind für die realistische Demokratietheorie relevant, und wir folgen hier keineswegs Nida-Rümelins (2018: 12) Vorschlag eines "umfassenden Realismus", der eine solche Verbindung der Forderung nach mehr Berücksichtigung von Realität und der Anerkennung der Realität moralischer Fakten für unabdingbar hält.

Wenn derartige philosophische Realismuspositionen hier nicht gemeint sind, dann liegt es nahe, Realismen in der Politischen Theorie und, allgemeiner, in der Politikwissenschaft auf ihre Relevanz für eine realistische Demokratietheorie zu untersuchen. Die Verortung klassischer Positionen als Realismus, etwa im Fall von Machiavelli (vgl. Mindle 2009), Hobbes (vgl. Douglas 2016) oder Hamilton (vgl. Allen 2004) und weiteren, beruht zumeist auf der Beobachtung zweier Annahmen in diesen Positionen: Zum einen zeigt sich in ihnen ein Skeptizismus in der Einschätzung dessen, was politisch möglich ist, und zum anderen werden bestimmte Handlungsmotivationen, die auf Interessenverfolgung, Eigennutzenmaximierung und dem Gebrauch von Macht beruhen, als andere überwiegend angenommen. Realismus in dieser Version führt Aussagen darüber durch, wie politische Realität ist – nämlich mehr durch Macht und partikulare Interessen geprägt als durch Normen und Gemeinwohlinteresse. Auch der Realismus in den Internationalen Beziehungen (vgl. Reichwein/Rösch 2021) ist durch derartige Annahmen über eine bestimmte, nämlich von Staaten und ihren Interessen geprägte Realität charakterisiert.

Gegenüber all diesen Realismen in der Philosophie und der Politikwissenschaft steht der hier vorgeschlagene Realismus in der Demokratietheorie insofern verschieden da, als er weder zu entscheiden versucht, ob Realität bestehe oder in welchem ontologischen Modus sie vorliege, noch, ob oder wie sie erkannt werden könne. Er legt sich auch nicht auf bestimmte Annahmen über die Realität fest, sondern er formuliert übergreifend für

verschiedene Perspektiven auf die politische Realität eine Forderung: mehr Realitätsbezug mit mehr methodischer Reflexion!

2. Ein neuer politiktheoretischer Realismus?

Auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage, welche Art von Realität auf welche Weise in der Demokratietheorie, oder auch in der politischen Theorie insgesamt, Berücksichtigung finden könnte, erscheint die jüngere Debatte um einen "Realismus" in der politischen Theorie besonders vielversprechend – entwickeln dessen Vertreter*innen ihre Position doch gerade in kritischer Auseinandersetzung mit solchen Ansätzen, die aus ihrer Sicht in zu weitgehender Abstraktion von der Wirklichkeit Theorien entwickeln. Auch wenn diese Debatte vergleichsweise jüngeren Ursprungs ist, kann Realismus' (beziehungsweise realism), gerade mit Blick auf den englischsprachigen Raum, inzwischen als etablierte Strömung innerhalb der zeitgenössischen Politischen Theorie gelten (vgl. Jubb 2017; Rossi/Sleat 2014).² Gleichwohl ist damit keineswegs eine homogene Position bezeichnet. Wie bei so vielen .-ismen' ist es auch hier der Fall, dass die Theoretiker*innen, die dem Realismus zugerechnet werden (oder sich – was noch seltener vorkommt – selbst als solche bezeichnen) deutlich unterschiedliche Sichtweisen vertreten. Uneinigkeit herrscht unter anderem darüber, wer als die Gründungsfiguren des Realismus anzusehen sind (wobei Stuart Hampshire, Bernard Williams und Raymond Geuss als die Hauptanwärter gelten dürften³), inwiefern Moral ein Teil von Politik ist oder auch inwiefern es spezifisch politische Werte gibt (und, wenn ja, welche dies sind) (vgl. Hall/Sleat 2017).

Ungeachtet solcher Unterschiede lassen sich aber durchaus eine Reihe von grundlegenden Annahmen identifizieren, die als "Kern" eines politiktheoretischen Realismus charakterisiert werden können. Hierzu zählt nicht zuletzt ein spezifisches Verständnis von Politik. Unter Politik verstehen Vertreter*innen des Realismus eine autonome Sphäre menschlichen Handelns (vgl. Rossi/Sleat 2014), die zugespitzt durch das charakterisiert werden kann, was Jeremy Waldron in einer einflussreichen Formulierung als die "circumstances of politics" (Waldron 1999: 102) bezeichnet hat – nämlich die Notwendigkeit, allgemeinverbindliche Entscheidungen zu treffen, während gleichzeitig eine tiefgreifende und unauflösbare Uneinigkeit darüber vorherrscht, welche die jeweils richtige oder beste Entscheidung ist. Realist*innen gehen dabei typischerweise davon aus, dass

- 1 Als "Startpunkt" dieser Debatte wird verschiedentlich auf einen Aufsatz von William Galston aus dem Jahr 2010 verwiesen, in dem dieser verschiedene Forschungsperspektiven und -richtungen als Beiträge zu einem neuen Realism in political theory identifiziert (Galston 2010). Die bei Galston und in der anschließenden Debatte diesem Realismus zugeordnete (beziehungsweise als dessen Vorläufer*innen identifizierte) Autor*innen und Texte reichen allerdings zeitlich deutlich weiter zurück. Vgl. hierzu allerdings die kritische Einschätzung zum Versuch einer ex-post Konstruktion einer realistischen Traditionslinie von McQueen (2017).
- 2 Siehe zur relativ frühen Aufarbeitung dieser Strömung im deutschsprachigen Raum insbesondere den von Dirk Jörke und Frank Nullmeier organisierten Themenschwerpunkt in dieser Zeitschrift (Jahrgang 3, Ausgabe 1, 2012).
- 3 Vgl. Hall 2020 für eine neuere Darstellung, die gleichberechtigt den Einfluss ebendieser drei Denker verhandelt.

diese 'circumstances of politics' nicht etwa ein kontingentes Merkmal gegenwärtiger pluralistisch verfasster Gesellschaften, sondern ein konstitutives Element menschlicher Vergesellschaftung darstellen – was wiederum auch Politik zu einem unaufhebbaren Aspekt menschlichen Lebens macht (vgl. Sleat 2013: 45 f.). Eine damit bereits implizit angesprochene zweite realistische Grundannahme hinsichtlich der 'circumstances of politics' ist, dass diese (jenseits einer totalitären Dystopie) nicht aufgelöst werden können – zumindest nicht dauerhaft. Wie fein austariert rechtlich-institutionelle Strukturen auch sein mögen, wie inklusiv Partizipationsverfahren, wie ausgefeilt Programme zur politischen Bildung der Bürger*innen... ein dauerhafter Konsens beziehungsweise eine vollständige und permanente Auflösung von politischem Dissens können und dürfen nicht erwartet werden.

Ausgehend hiervon mag es nicht überraschen, dass den Proponenten einer ,realistischen' politischen Theorie bisweilen ein "conflictual understanding of politics" (Szücs 2018: 36) zugeschrieben wird, als dessen Eckpfeiler Dissens, Konflikt, Macht und Machtkämpfe identifiziert werden können. Dass dieses Politikverständnis aber trotzdem keinesfalls deckungsgleich mit einem kruden Machiavellismus oder auch einer ,realistischen' Konzeption von Politik ist, wie sie sich etwa stellenweise im Bereich der Internationalen Beziehungen findet⁴, lässt sich vielleicht mit Verweis darauf verdeutlichen, dass ein politiktheoretischer Realismus Politik primär als Praxis in den Blick nimmt. Grundlegend ist hierbei zunächst die Annahme, dass Politik durch politisches Handeln angetrieben, gestaltet und aufrechterhalten wird. Das Handeln einzelner Akteure wird dabei als grundsätzlich rational betrachtet – womit aber gerade nicht ein "vernünftiges" Handeln im Sinne einer universalistischen Idee von Vernunft gemeint ist. Vielmehr ist politisches Handeln aus realistischer Sicht primär durch die Verfolgung von (Partikular-) Interessen, strategisches Abwägen, Taktik, das Organisieren von Mehrheiten und vielem mehr geprägt. Wo diese Sichtweise zunächst eher einer Vorstellung von instrumenteller Vernunft (oder bis zu einem gewissen Grad auch von "Rationalem Entscheiden") ähnlich scheint, schließen Realist*innen keineswegs aus, dass politisches Handeln auch etwa durch Altruismus, die Eingebundenheit in partikulare Sozialbeziehungen sowie ganz allgemein durch Normen und Überzeugungen informiert sein kann. Politisches Urteilen – ein weiteres zentrales Konzept für viele Realist*innen (vgl. exemplarisch Geuss 2009) – weist gerade mit Blick darauf, wie Menschen konkrete Situationen und Problemlagen wahrnehmen und einschätzen, konstitutiv eine ethische Dimension auf. Gleichwohl sind (individuelle wie kollektive) praktische Urteile aber nicht allein durch die Bezugnahme auf Normen und Werte informiert, sondern umfassen ebenso bereits angesprochene Aspekte wie Interessen, strategische Überlegungen und so weiter (vgl. Rossi/Sleat 2014: 690).

Vor diesem Hintergrund wird auch ein zweites Charakteristikum nachvollziehbar, das sich nahezu in allen Versionen eines politiktheoretischen Realismus findet – nämlich eine

⁴ Vgl. für eine differenzierte Diskussion des Verhältnisses zwischen dem jüngeren Realismus in der Politischen Theorie und dem (etablierten) Realismus in den Internationalen Beziehungen Bell (2017).

dezidierte Abgrenzung von einem Verständnis von Politischer Theorie als "angewandter Ethik', 5 Aus realistischer Sicht ist eine – mutmaßlich im Anschluss an John Rawls innerhalb der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts hegemonial gewordene -Theoriearbeit, die mit der Diskussion universeller moralischer Werte und Normen (wie Gerechtigkeit, Gleichheit oder auch der Idee allgemeiner Menschenrechte) beginnt und diese dann dergestalt auf konkrete politische Probleme, Kontexte und Fragen bezieht, dass daraus Bewertungskriterien und Lösungsvorschläge entwickelt werden, sowohl verfehlt als auch hochgradig problematisch. Verfehlt ist diese Form von Theorie, so die realistische Kritik, insofern dort die Autonomie von Politik als sozialer Sphäre gerade nicht ernstgenommen wird. Nachgerade problematisch ist sie, weil sie die für politische Problemlagen charakteristische Komplexität auf moralische Fragen reduziert, gleichzeitig aber beansprucht, eine objektive beziehungsweise "unparteiliche" Beurteilung politischer Sachlagen vornehmen und etwa mit Blick auf rechtlich-politische Ordnungen konkrete Reformbedarfe identifizieren und entsprechende Reformvorschläge formulieren zu können. Selbst wo die praktische Frage konkret darin besteht, wie ausgehend von einem Ziel wie "sozialer Gerechtigkeit" ein Sozialversicherungssystem reformiert werden müsste, ist aus realistischer Sicht sowohl zu bezweifeln, dass politische Theoretiker*innen ein epistemisch ,besseres' Verständnis des in Frage stehenden Ideals (hier: soziale Gerechtigkeit) für sich reklamieren können, als auch, dass sich aus einer abstrakten Bestimmung des Ideals der politisch-gesellschaftlichen Realität angemessene Vorschläge ableiten lassen. Vielmehr basiert die realistische Position auf der Annahme, dass auch Werte, Normen und andere Formen von Überzeugungen – ebenso wie herrschende Verständnisse von Institutionen, Rollen und so weiter – insofern selbst politisch sind, als sie Gegenstand beziehungsweise das (mehr oder weniger verfestigte) Resultat von politischem Handeln sind.⁶ Entscheidend für die Analyse konkreter politischer Phänomene und Problemstellungen ist es deshalb nicht nur, das politische Handeln von Individuen oder Gruppen im Kontext raum-zeitlich spezifischer institutioneller Strukturen, Akteurs- und Machtkonstellationen, hegemonialer Normen und so weiter zu analysieren, sondern – so betonen insbesondere die Vertreter*innen eines "radikalen" Realismus⁷ – ebendiese spezifische Verfasstheit des Politischen auf ihre Genese im Lichte von Macht und Herrschaft (mithin: auf ihren ideologischen Charakter) hin zu befragen. Somit dürfte schließlich auch ersichtlich sein, warum Realist*innen dezidiert die Interpretation

- Tatsächlich beschränken sich die Rezeption sowie die produktiven Anschlüsse an die Realismus-Debatte im deutschsprachigen Raum bisher größtenteils auf diesen Aspekt (vgl. dagegen allerdings den Beitrag von Manon Westphal in diesem Themenschwerpunkt).
- 6 In einer Zuspitzung dieses Gedankens weist Raymond Geuss in seinem einflussreichen Essay *Philosophy and Real Politics* darauf hin, dass die von politischen Theoretiker*innen vorgenommene Analyse von Konzepten und Idealen sowie eine darauf basierende Evaluation realer Verhältnisse wie auch jede andere Art von Theoriearbeit selbst als politisches Handeln begriffen werden muss. Insofern ist es eine Frage der "intellectual honesty" anzuerkennen, dass die eigene Theoriearbeit notwendig eine Form der Parteinahme darstellt (Geuss 2008: 29).
- 7 Vgl. hierzu etwa die von Enzo Rossi vertretene Position im Doppel-Interview zusammen mit Lisa Herzog in diesem Themenschwerpunkt.

zurückweisen, ihre Anliegen (und insbesondere ihre Kritik an politischer Theorie als *applied ethics*) seien letztlich innerhalb der Debatte um ideale und nicht-ideale Theorie (vgl. hierzu Sirsch 2020) zu verorten und beschränkten sich faktisch auf Fragen der Realisierbarkeit *(feasibility)* (vgl. Valentini 2012).

3. Aufgaben für die Demokratietheorie: Welche Realität? Was für ein Realismus?

Ausgehend von dieser knappen Darstellung des neuen Realismus in der Politischen Theorie mag sich nicht auf Anhieb erschließen, inwiefern sich die Demokratietheorie hier mit Blick auf die Berücksichtigung 'der Realität' tatsächlich produktiv inspirieren lassen kann

Wo Realist*innen erstens auf die Notwendigkeit eines Verständnisses von Politik als autonome, einer eigenen Logik folgende Sphäre und politischem Handeln als einer neben Normen und Werten von Interessen, Taktik und Macht geprägten Interaktionsform hinweisen, scheint dies in demokratietheoretischer Perspektive zunächst kaum über bestehende Ansätze, wie systemtheoretisch informierte Überlegungen (vgl. Luhmann 2002) sowie etwa an Machiavelli anschließende Theorien (vgl. McCormick 2011) oder auch die Beiträge des sogenannten ,italienischen Realismus' (vgl. Zolo 1997) hinauszuweisen. Bedenkt man umgekehrt, dass ebendiese Ansätze zuletzt verschiedentlich als besonders fruchtbar speziell für die Analyse demokratischer Krisen - von Postdemokratie bis Populismus (vgl. Crouch 2020; Jörke 2006) – identifiziert worden sind, ließe sich dies durchaus als Bestätigung des realistischen Insistierens auf ein entsprechendes "Ernstnehmen" von Politik und als Hinweis darauf deuten, dass das Potenzial einer solchen Perspektivierung (gerade gegenüber stärker idealtheoretischen Ansätzen) keineswegs ausgeschöpft ist beziehungsweise sich unter dem Eindruck neuer Herausforderungen für etablierte Vorstellungen und Praktiken von Demokratie gewissermaßen sogar vergrößert. Zu bedenken ist in diesen Zusammenhang allerdings möglicherweise die gegenüber dem neuen politiktheoretischen Realismus formulierte Kritik, dass dessen im Grunde 'zynische' Perspektive auf reale Politik in Konsequenz mit einem mindestens latent struktur-konservativen Status-quo-Bias einhergeht. Selbst wo die realistische Betrachtungsweise potenziell einen (besonders realitätsnahen) kritischen Nachvollzug politischer Phänomene, Prozesse und Ereignisse ermöglicht, so der Einwand, eröffnet sie allerdings keine über die real herrschenden Verhältnisse hinausgehende Perspektive und kann insbesondere keine Vision einer anderen Art von Politik (die zum Beispiel von einem respektvollen Diskurs unter Gleichen geprägt wäre) entwickeln (vgl. Rutherford 2022). Ein Beleg für diese Einschätzung könnte dabei im Umstand gesehen werden, dass innerhalb der neueren realistischen Literatur neben programmatischen, methodologischen Beiträgen vor allem kritische Gegenwartsanalysen, abgesehen von wenigen Ausnahmen (vgl. Prinz/Rossi 2022; Tong 2020) aber keine demokratietheoretischen

Beiträge zu finden sind. Umgekehrt ist gleichzeitig der Realismus-Debatte von Seiten der Demokratietheorie bisher kaum Beachtung zugekommen, mit Ausnahme einiger Vertreter*innen der radikalen beziehungsweise agonalen Demokratietheorie⁸ – was wiederum angesichts des Umstands nicht überraschen mag, dass sich ebendiese Strömungen selbst dem streitbaren Vorwurf ausgesetzt sehen, den Ressourcen für eine konstruktive Theoriebildung zu ermangeln (vgl. Buchstein 2020).

Auch wenn die Gefahr einer weitgehenden Affirmation des Status quo nicht grundsätzlich von der Hand zu weisen ist,9 ist fraglich, inwiefern dies eine notwendige Folge realistischer Theoriearbeit ist (vgl. Westphal 2022). Dass vielmehr eine realistische Fundierung für die Demokratietheorie allgemein wichtige – konstruktiv über die real herrschenden Verhältnisse hinausweisende – Impulse geben kann, verdeutlicht exemplarisch ein genauerer Blick auf die Verbindung von radikaler beziehungsweise agonaler Demokratietheorie und Realismus, wie ihn Christof Royer und Manon Westphal in ihren Beiträgen präsentieren. Christof Rover identifiziert dabei in seinem Beitrag zunächst belastbare Schnittmengen zwischen Realismus und agonaler Demokratietheorie, stellt dann aber fest, dass diese - berücksichtigt man weitergehende, tieferliegende Unterschiede zwischen beiden Positionen – in letzter Konsequenz in regelrecht gegenläufigen politischen Visionen münden. Während er dementsprechend die Vermutung, beide Positionen seien grundsätzlich 'freundschaftlich' miteinander verbunden, zurückweist, sieht Royer dennoch die Möglichkeit einer produktiven Zusammenarbeit zwischen Agonismus und Realismus. Speziell lässt sich, so Royers These, durch die Ergänzung eines realistischen "Pessimismus" die agonistische Demokratietheorie dergestalt stärken, dass ein 'realistischer Agonismus' sich auch angesichts gegenwärtiger Infragestellungen von Demokratie als besonders belastbare Theorieperspektive erweisen kann. Auch Manon Westphal zeigt sich in ihrem Beitrag überzeugt, dass der Realismus der agonalen Demokratietheorie wichtige Impulse liefern kann. Westphal konzentriert sich dabei auf Chantal Mouffes agonalen Pluralismus, in dem sie bereits eine konstitutive Rolle wichtiger Aspekte einer realistischen Theorie ausmacht, den sie aber gleichzeitig als zu wenig sensibel für die konkreten, partikularen Kontexte demokratischer Politik analysiert. Allerdings sieht Westphal in Mouffes jüngeren Arbeiten (und insbesondere in For a Left Populism (Mouffe 2018)) Hinweise auf eine zunehmende Sensibilität für einen kontextgebundenen Praxischarakter demokratischer Politik, die ihre Theorieperspektive noch näher hin zum Realismus führt. In einer daran anschließenden Erkundung des Potenzials einer – als weitergehende Annäherung zwischen Agonismus und Realismus verstandenen – "realistischen Demokratietheorie" präsentiert Westphal schließlich eine

⁸ Einen gemeinsamen Bezugspunkt bilden dabei nicht zuletzt einzelne Theoretiker*innen, die von beiden Seiten reklamiert werden, wie zum Beispiel Bonnie Honig und Chantal Mouffe (die beide schon im bereits angesprochenen Aufsatz von William Galston (2010) dem Realismus zugeschlagen wurden).

⁹ Vgl. für ein entsprechend "negatives" Beispiel Burelli (2021). Gegen die Gefahr eines Status-quo-Bias spricht gleichzeitig nicht zuletzt das von vielen Realist*innen geteilte weite und konstitutiv offene Verständnis des Politischen, wie es etwa Matt Sleat auf den Punkt bringt: "The sphere of the political is therefore potentially limitless in the sense that any question can come to be political if it becomes a subject on which a commonly binding decision is deemed necessary" (Sleat 2013: 46).

Reihe von dadurch eröffneten Arbeitsfeldern, zu denen etwa die Neubestimmung des Einflusses ökonomischer Kontextbedingungen wie auch der strukturellen Macht von Institutionen gehören.

Welche Impulse konkret für die Demokratietheorie können sich nun aber, zweitens, aus der für das realistische Selbstverständnis konstitutiven Kritik an politischer Theorie als applied ethics ergeben? Zunächst einmal kann diese kritische Abgrenzung Demokratietheoretiker*innen zweifellos als Perspektive zur kritischen Selbstbefragung dienen, aus der heraus sich nicht nur die eigenen Prämissen hinsichtlich ihres Ursprungs und Charakters kritisch reflektieren, sondern insbesondere die (theoretischen wie praktischen) Folgen vergegenwärtigen lassen, die mit der Anwendung abstrakter moralischer Normen und Ideale auf konkrete politische Praxiszusammenhänge einhergehen. (Normative) Demokratietheorien können aber als ein spezifischer Typus politischer Theorie gelten, die sich durch den grundsätzlichen Anspruch auszeichnen, real existierende Institutionen, Verfahren und Praktiken daraufhin befragen zu können, inwieweit in diesen "Demokratie" verwirklicht ist – und gegebenenfalls Hinweise darauf geben zu können, durch welche Reformen ein nicht oder nicht hinreichend demokratisches System ,demokratisiert' werden kann. Für eine solche Theoriearbeit - wie aber auch für die Untersuchung deutlich spezifischerer Fragen, wie etwa danach, welches demokratische Potenzial konkrete Formen digitaler Kommunikation aufweisen, oder auch die Diagnose von demokratischen Krisenphänomenen – ist eine grundlegende Bestimmung der Bedeutung von "Demokratie" unabdingbar. Unabhängig davon, ob als "Essenz" des Demokratieideals nun das Prinzip der Volkssouveränität, eine spezifische Interpretation von Gleichheit oder eine Konzeption individueller und kollektiver Autonomie steht, bedarf die jeweilige quasi-definitorische Bestimmung von "Demokratie" wenigstens einer basalen normativen – wenn auch nicht notwendig moralischen – Fundierung. Dass vermittels der von Realist*innen eingeforderten Fokussierung auf 'echte' Politik eine solche Grundlage erlangt werden kann, ist allerdings verschiedentlich bezweifelt worden (vgl. Frega 2018; Ulas 2020). Dagegen sind in neueren Arbeiten unterschiedliche Vorschläge entwickelt worden, wie sich aus der Bezugnahme auf die in konkreten räumlichen und zeitlichen Kontexten vorfindliche soziale und politische Realität durchaus eine entsprechende Fundierung demokratietheoretischer Überlegungen gewinnen lässt. Besondere Aufmerksamkeit hat dabei insbesondere Bernard Williams' Idee eines Basic Legitimation Demand erfahren, aus der Realist*innen eine Rechtfertigung legitimer Herrschaft ohne Rekurs auf moralische Gründe ableiten zu können beanspruchen (vgl. Cozzaglio/Greene 2019; Hall 2015; kritisch dazu Wendt 2016).

Dass eine realistische Fundierung von demokratietheoretischen Überlegung aber auch jenseits dieser Strategie erfolgen kann, zeigen unter anderem die Beiträge von Amadeus Ulrich sowie von Marlon Barbehön in diesem Themenschwerpunkt. *Amadeus Ulrich* untersucht in seinem Beitrag, inwiefern sich im Rückgang auf Judith Shklar die Erfahrung von Furcht als ein 'negativer Realitätskontakt' verstehen lässt, der eine entsprechend realistische Grundlage für demokratietheoretische Überlegungen stiften kann. Gegen Interpretator*innen, die in Shklars 'Liberalismus der Furcht' eine rein defensive,

die Konservierung des Status quo implizierende Position sehen, argumentiert Ulrich, dass ein Verständnis von Furcht als einer konkreten Praxiserfahrung im Kontext politischen Handelns die Möglichkeit eröffnet, Furchterfahrungen als der politischen Realität selbst entstammende Hinweise auf ungleiche Machverhältnisse nachzuvollziehen. Zumindest Shklars auf dieser Basis entwickelte Demokratietheorie, so muss Ulrich allerdings feststellen, kommt letztlich doch nicht ohne den Rückgriff auf einige basale moralische Grundlagen aus. Auch Marlon Barbehön schlägt in seinem Beitrag vor, eine spezifische Realitätserfahrung zum Startpunkt realistischer Demokratietheorie zu machen, nämlich die nur scheinbar einer objektiven Realität zugehörige Zeit – die aber, so Barbehön, produktiver als Quelle eines temporalen Weltverhältnisses erschlossen werden kann. Demokratische Politik lässt sich hiervon ausgehend, so Barbehön, als eine spezifisch durch Zeitlichkeit charakterisierte Form des Umgangs mit Kontingenz verstehen. Anknüpfend an Elemente des Denkens von Hannah Arendt und Jacques Rancière, die er mit Blick auf eine solche Perspektive als besonders anschlussfähig identifiziert, bietet Barbehön schließlich Weisen an, in die sich eine realistische Integration des vorgeschlagenen Verständnisses von Zeit demokratietheoretisch weiterdenken lässt.

Damit ist schließlich bereits ein letzter und besonders grundlegender Hinweis angedeutet, den die Demokratietheorie aus der Auseinandersetzung mit dem neueren politiktheoretischen Realismus gewinnen kann beziehungsweise gewinnen muss. Noch weitgehend unbeantwortet geblieben ist beim bisher Rekapitulierten schließlich die Frage, wie jenseits der Berücksichtigung allgemeiner Elemente 'realer Politik' mit Phänomenen und Entwicklungen umzugehen ist, die insofern gewissermaßen auf einem anderen Niveau von Realität liegen, als sie als historisch kontingente Entwicklungen beschrieben werden können. Inwiefern sind, mit anderen Worten, die digitale Transformation der Gesellschaft, das Aufkommen von Krypto-Währungen, der Klimawandel oder auch ein durch veränderte Migrationsbewegungen und Überalterung geprägter demographischer Wandel jeweils als Aspekte der 'Realität' zu betrachten, die nicht nur Herausforderungen für die Demokratie (beziehungsweise die 'Anwendung' von Demokratietheorien) darstellen, sondern möglicherweise bei der Theoriebildung selbst Berücksichtigung finden sollten? Und, im letzteren Fall: Wie genau kann die Demokratietheorie diese 'Realität' filtern und aufnehmen, und welcher Stellenwert sollte ihr zukommen?

Wie hier bereits an verschiedenen Stellen angedeutet unterbreitet der Realismus auch mit Blick auf diese Fragen – entgegen dem hartnäckigen Vorurteil, es handle sich dabei im Kern um nicht mehr als eine "anti-Kantian gesture" (Scheuerman 2013: 799, Hervorhebung im Original) beziehungsweise eine Sammlung methodologischer Spitzfindigkeiten (vgl. dagegen Rossi 2016) – ein durchaus konkretes und bedenkenswertes methodologisches Reflexionsangebot. Zunächst ist dabei noch einmal daran zu erinnern, dass für Realist*innen Politik beziehungsweise politisches Handeln stets innerhalb des "realen" Kontextes, das heißt vor dem Hintergrund der jeweils existierenden ökonomischen Verhältnisse, der gesellschaftlich hegemonialen Normen und Werte, der vorhandenen Institutionen und Positionen und so weiter nachzuvollziehen ist. Dementsprechend steht aus realistischer Sicht grundsätzlich außer Frage, dass auch "neue Realitäten" in der theo-

retischen Reflexion von Politik berücksichtigt werden müssen – weil sie nicht einfach einen veränderten Anwendungsbereich von Politik bedeuten, sondern Politik selbst verändern. Wo etwa im Zuge der digitalen Transformation neue Formen der (politischen) Kommunikation entstehen beziehungsweise genutzt werden, eröffnet dies nicht nur neue Strategien, Ressourcen und Machtpositionen und verändert insofern die *Form* politischen Handelns, sondern verändert grundlegend, wie (politische) Fragen und Sachverhalte wahrgenommen werden können (vgl. Beattie 2018). Wenn sich die natürliche und soziale Wirklichkeit dergestalt für Realist*innen als folgenreicher bedingender Faktor für Politik als eine Praxis der kollektiven Welterschließung darstellt, ist damit allerdings keinesfalls auch die Annahme verbunden, politisches Handeln sei durch die jeweils existierenden Verhältnisse determiniert. Im Gegenteil können diese Verhältnisse aus Sicht des Realismus nur als historisch kontingent verstanden werden, weshalb sie perspektivisch stets und prinzipiell uneingeschränkt Gegenstand politischer Gestaltung sind.

Nur scheinbar paradox formuliert liegt damit aus realistischer Sicht die zentrale Herausforderung darin, herauszufinden, wie die Realität eine (politische) Veränderung ebendieser Realität bedingt beziehungsweise verhindert. Deutlich wird hier auch noch einmal, warum Realist*innen Theoriearbeit im Rückgriff auf 'externe' moralische Gründe ablehnen: Denn auch wenn sich auf diese Weise Perspektiven gewinnen lassen, die utopisch über die real existierenden Verhältnisse hinausweisen, geben sie keinerlei Aufschluss darüber, was einer Überwindung der auf diesem Wege als problematisch identifizierten Aspekte der Realität im Wege steht beziehungsweise mit welchen Mitteln eine entsprechende Transformation erreicht werden könnte. Insofern eine realistische politische Theorie aber am Ziel festhält, ihren Adressat*innen eine Autonomie – und, im Fall von Demokratietheorie, konkreter: kollektive Autonomie – eröffnende Perspektive aufzuzeigen, muss es also darum gehen, innerhalb der real existierenden Verhältnisse Möglichkeiten zu identifizieren, wie die politisch Handelnden selbst ein von ebendiesen Verhältnissen möglichst wenig verfälschtes Verständnis zu gewinnen und praktisch zu wenden vermögen.

Ein Weg zur konstruktiven Identifikation solcher Möglichkeiten, der von realistischer Seite verfolgt wird – und der in je unterschiedlicher Weise auch von Amadeus Ulrich, Marlon Barbehön und Manon Westphal in ihren bereits angesprochenen Beiträgen zu diesem Themenschwerpunkt beschritten beziehungsweise angedeutet wird – liegt darin, bisher vernachlässigte beziehungsweise als irrational gekennzeichnete Formen praktischer Realitätserfahrungen (wie etwa Furcht oder bestimmte basale Ungleichheitserfahrungen) als eine Art "unverfälschte" Realitätskontakte zu bestimmen und daran anschließend zu überlegen, wie diese durch entsprechende institutionelle Arrangements für die demokratische Praxis urbar gemacht werden können. Ein zweiter, in jüngeren Arbeiten verfolgter Weg besteht darin, programmatisch eine an den neueren politiktheoretischen Realismus anschließende Form von Ideologiekritik zu entwerfen (vgl. Prinz/Rossi 2017; Aytac/Rossi 2022) – woraus sich wiederum produktive Anschlussmöglichkeiten wie auch die Notwendigkeit zur Abgrenzung gegenüber neueren Arbeiten zur epistemischen Dimension von Demokratie ergeben. Welches Potenzial dabei eine dezidiert realistische

Fundierung einer entsprechenden Theoriearbeit aufweist, zeigt der Beitrag von Dominik Austrup und Palle Bech-Pedersen in diesem Themenschwerpunkt. Den Ausgangspunkt der von Austrup und Bech-Pedersen präsentierten Überlegungen bildet die Frage danach, welche demokratietheoretischen Schlussfolgerungen aus der Tatsache gewonnen werden können, dass in zahlreichen real existierenden Demokratien ein nicht unerheblicher Teil der Bürger*innen politisch desinteressiert beziehungsweise nicht bereit ist, politisch zu partizipieren. Gegen einen naiven Realismus, dessen Vertreter*innen daraus die Notwendigkeit wie auch die Legitimität nicht-partizipatorischer Institutionen und Verfahren ableiten, betonen Austrup und Bech-Pedersen den konditionalen Charakter politischer Einstellungen: Wo diese nämlich selbst durch problematisierungsbedürftige Aspekte des real existierenden politischen Systems bedingt sind, verhindert ihre ungefilterte Berücksichtigung auf Ebene der theoretischen Reflexion gerade eine kritische Betrachtung ebendieser Aspekte. Ein reflective realism, wie ihn Austrup und Bech-Pedersen vorschlagen, muss deshalb in der Lage sein, sowohl bewusste als auch unbewusste Effekte der real existierenden Verhältnisse zu identifizieren und zu berücksichtigen - wofür, wie die beiden Autoren zeigen, Realist*innen in methodischer Hinsicht mit einer spezifischen Form des Transparent-Machens (elicitation) sowie Ideologiekritik jeweils leistungsfähige Instrumente zur Verfügung stehen.

Will sich die Demokratietheorie – auch und gerade mit Blick auf den Umgang mit ,neuen Realitäten' – an den hier zuletzt umrissenen realistischen Positionen orientieren, folgt daraus aber nicht nur eine möglicherweise veränderte Ausrichtung ihrer Frageund Untersuchungsperspektive, sondern auch die Aufforderung zu einer grundlegenden Selbstbefragung. Wo nämlich die politische Theorie aus realistischer Perspektive (mangels der Verfügung über moralische oder andere Gewissheiten) gerade keine epistemische Autorität beanspruchen kann und insofern selbst als eine – unvermeidlich politische – Praxis begriffen werden muss, muss sich auch eine realistische Demokratietheorie notwendig als reflexive Wissenschaft verstehen. Dies bedeutet zuallererst, anzuerkennen, dass auch etablierte Theoriegehalte (wie etwa bestimmte Vorstellung von Bürgerschaft, Partizipation, Deliberation oder Ähnlichem) keinesfalls eine überzeitliche Geltung beanspruchen können, sondern in je spezifischen Kontexten und in Auseinandersetzung mit je spezifischen Realitäten gewonnen worden sind. Ein unreflektiertes Vertrauen auf beziehungsweise Festhalten an tradierten demokratietheoretischen Prämissen, Konzepten und Modellen bedeutet damit immer auch, bestimmte Elemente (und das heißt auch: bestimmte Macht- und Herrschaftsverhältnisse) historisch kontingenter Realitäten zu reproduzieren beziehungsweise zu affirmieren. Daraus folgt nun sicherlich nicht notwendig, dass die existierenden demokratietheoretischen Archive vollständig geräumt werden müssten – auch wenn eine selbstreflexive Sichtung der Archivbestände etwa in Form einer genealogischen Rekonstruktion ihrer jeweiligen Provenienz durchaus angezeigt sein könnte. Gerade mit Blick auf den Umgang mit ,neuen Realitäten', krisenhaften Entwicklungen und weiteren Veränderungen der Realität muss die Demokratie allerdings sicherstellen, dass sie nicht demokratische Praxispotenziale in Form neuer Sichtweisen auf und Umgangsweisen mit der vorgefundenen Realität im Keim erstickt,

indem sie beispielsweise im Vertrauen auf etablierte Modelle die Alternativlosigkeit bestimmter Werte, Institutionen und Praktiken proklamiert oder durch die Übertragung von kanonischen Theorien und Konzepten auf neuartige 'Anwendungsfälle' mutmaßlich besonders belastbare Lösungen präsentiert. Wo die Demokratietheorie dagegen eine unterstützend-erschließende Funktion für eine demokratische Praxis der kollektiven Welterschließung im Angesicht veränderter Realitäten übernehmen will, muss sie sich grundlegend bereit zeigen, ihre theoretischen Annahmen, Konzepte und Modelle angesichts veränderter Realitäten als ungeeignet oder anpassungsbedürftig anzuerkennen – und entsprechend für sicher Gehaltenes zu überdenken, grundsätzlich neue Perspektiven zu verfolgen oder auch die Neu-Kombination existierender Theoriebausteine zu wagen.

Wie an den zuletzt angedeuteten Schlussfolgerungen, die sich für die Demokratietheorie aus einer Konfrontation mit den Einsichten und Forderungen eines politiktheoretischen Realismus ergeben, allerdings ebenfalls deutlich geworden sein dürfte, lassen sich die entsprechenden Einsichten nahezu ausnahmslos forschungspraktisch wenden, auch ohne dabei explizit auf einzelne Beiträge oder Theoretiker*innen der jüngeren Realismus-Debatte zu rekurrieren oder sich anderweitig deklaratorisch der darin vertretenen Position zuzuordnen. Damit soll mitnichten gesagt sein, dass eine weitergehende reziproke Auseinandersetzung zwischen Demokratietheorie und politiktheoretischem Realismus nicht in der hier angedeuteten Weise eine für beide Seiten vielversprechende Perspektive bietet. Eine reflektierte demokratietheoretische Auseinandersetzung mit neuen und veränderten Realitäten kann und muss aber sicherlich nicht erst auf einen solchen vertieften Austausch warten, wie der Beitrag von Robert Brumme und Dennis Bastian Rudolf beweist. Gegenwärtige Überlegungen zu den Potenzialen für die Demokratie, die sich aus der digitalen Transformation ergeben, basieren – so analysieren Brumme und Rudolf – häufig auf Deutungen, die sich aus etablierten, in vor-digitalen Kontexten gewonnenen, demokratietheoretischen Überlegungen speisen, statt den Fokus auf die tatsächliche Funktionalität des Digitalen zu legen. Als machtvolle Erzählungen laufen derartige demokratietheoretische Bemühungen damit aber Gefahr, durch ihre entsprechend selektive Deutung neue und (noch) offene Perspektiven gerade zu unterdrücken. Erst vermittels einer kritischen Reflexion normativer Modelle von Demokratie, die zentral auf einem Ernstnehmen der Gemachtheit und Kontingenz von Technik (wie von ,Realität' insgesamt) fußt, lässt sich verhindern – so das Argument –, dass durch demokratietheoretische Perspektiven selbst Macht und Deutung verschleiert werden, und stattdessen in einem entsprechend aufgeklärten Blick auf die (digitale) Realität ausloten, "inwiefern digital-demokratische Strukturen der Forderung nach mehr Authentizität und Autonomie im politischen Prozess tatsächlich gerecht werden".

Das Doppel-Interview mit *Lisa Herzog* und *Enzo Rossi*, das den vorliegenden Themenschwerpunkt abschließt, bietet schließlich ebenfalls deutliche Hinweise darauf, dass ein (demokratietheoretisches) Ernstnehmen von Realität produktiv auf unterschiedlichen Wegen verfolgt werden kann. Gerade weil unsere beiden Interview-Partner*innen zwar gleichermaßen an einer dergestalt grundsätzlich 'realistischen' Theoriearbeit interessiert sind, ihre jeweiligen Ausgangspunkte aber in (deutlich) unterschiedlichen

Theorietraditionen haben, wird im Austausch besonders plastisch deutlich, welche Schnittmengen sowie Potenziale zur gegenseitigen Inspiration zwischen dem neueren politiktheoretischen Realismus und anderweitig "realistischen" Ansätzen bestehen, wofür die beiden Position jeweils konstitutive Prämissen einer Annäherung Grenzen setzen – und nicht zuletzt, welche unterschiedlichen Hoffnungen sich daraus mit Blick auf die mögliche Wirkung einer realistischen Demokratietheorie ergeben.

Literatur

- Allen, Brooke, 2004: Alexander Hamilton. The Enlightened Realist. In: The Hudson Review 57 (3), 497–508. https://doi.org/10.2307/4151451
- Applebaum, Anne, 2020: Twilight of Democracy: The Seductive Lure of Authoritarianism, New York.
- Aytac, Ugur / Rossi, Enzo, 2022: Ideology Critique without Morality. A Radical Realist Approach. In: American Political Science Review, first view, 1–13. https://doi.org/10.1017/S0003055422001216
- Beattie, Peter, 2018: Theory, Media, and Democracy for Realists. In: Critical Review 30 (1–2), 13–35. https://doi.org/10.1080/08913811.2018.1466809
- Bell, Duncan, 2017: Political Realism and International Relations. In: Philosophy Compass 12 (2), e12403. https://doi.org/10.1111/phc3.12403
- Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas, 1966: The Social Construction of Reality: A Treatise in the Sociology of Knowledge, New York.
- Blackburn, Simon, 1993: Essays in Quasi-Realism, New York.
- Blackburn, Simon, 2006: Antirealist Expressivism and Quasi-Realism. In: David Copp (Hg.), The Oxford Handbook of Ethical Theory, Oxford, 146–162. https://doi.org/10.1093/0195147790.003.0006
- Brennan, Jason, 2016: Against Democracy. Princeton / New York. https://doi.org/10.1515/9781400888399
- Brink, David O., 1989: Moral Realism and the Foundations of Ethics, New York. https://doi.org/10.1017/CBO9780511624612
- Buchstein, Hubertus, 2020: Warum im Bestaunen der Wurzeln unter der Erde bleiben?; https://www.theorieblog.de/index.php/2020/10/buchforum-radikale-demokratietheorien-zur-einfuehrung/, 22.12.2022.
- Burelli, Carlo, 2021: A Realistic Conception of Politics. Conflict, Order and Political Realism. In: Critical Review of International Social and Political Philosophy 24 (7), 977–999. https://doi.org/10.1080/13698230.2019.1604045
- Cozzaglio, Ilaria / Greene, Amanda R., 2019: Can Power be Self-legitimating? Political Realism in Hobbes, Weber, and Williams. In: European Journal of Philosophy 27 (4), 1016–1036. https://doi.org/10.1111/ejop.12476
- Crouch, Colin, 2020: Post-democracy After the Crises, Cambridge.

- Dewey, John, 1911: Brief Studies in Realism. In: Journal of Philosophy, Psychology and Scientific Methods 8 (15), 393–400 und 8 (20), 546–454. https://doi.org/10.2307/2013604
- Diamond, Larry, 2020: Breaking Out of the Democratic Slump. In: Journal of Democracy (31) 1, 36–50. https://doi.org/10.1353/jod.2020.0003
- Douglas, Robin, 2016: Hobbes and Political Realism. In: European Journal of Political Theory 19 (2), 250–269. https://doi.org/10.1177/1474885116677481
- Frega, Roberto, 2018: Democracy and the Limits of Political Realism. In: Critical Review of International Social and Political Philosophy 23 (4), 486–494. https://doi.org/10.10 80/13698230.2018.1479814
- Gabriel, Markus, 2014 (Hg.): Der neue Realismus, Berlin.
- Gabriel, Markus, 2016: Sinn und Existenz: Eine realistische Ontologie, Berlin. https://doi.org/10.5771/0031-8183-2014-2-352
- Galston, William A., 2010: Realism in Political Theory. In: European Journal of Political Theory 9 (4), 385–411. https://doi.org/10.1177/1474885110374001
- Geuss, Raymond, 2009: What is Political Judgement? In: Richard Bourke / Raymond Guess (Hg.), Political Judgment: Essays for John Dunn, Cambridge, 29–46. https://doi.org/10.1017/CBO9780511605468.002
- Glasersfeld, Ernst von, 1996: Der Radikale Konstruktivismus: Ideen, Ergebnisse, Probleme, Frankfurt (Main).
- Hall, Edward, 2015: Bernard Williams and the Basic Legitimation Demand: A Defence. In: Political Studies 63 (2), 466–480. https://doi.org/10.1111/1467-9248.12070
- Hall, Edward, 2020: Value, Conflict, and Order, Chicago. https://doi.org/10.7208/chicago/9780226718453.001.0001
- Hall, Edward / Sleat, Matt, 2017: Ethics, Morality and the Case for Realist Political Theory. In: Critical Review of International Social and Political Philosophy 20 (3), 278–295. https://doi.org/10.1080/13698230.2017.1293343
- Jörke, Dirk, 2006: Warum Postdemokratie? In: Gert Pickel / Susanne Pickel (Hg.), Demokratisierung im internationalen Vergleich: Neue Erkenntnisse und Perspektiven, Wiesbaden, 21–32. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90423-8_2
- Jubb, Robert, 2017: Realism. In: Adrian Blau (Hg.), Methods in Analytical Political Theory, Cambridge, 112–130. https://doi.org/10.1017/9781316162576.008
- Merkel, Wolfgang, 2016: Democracies and Their Crises Reconsidered: Interview. In: Democratic Theory 3 (1), 91–109. https://doi.org/10.3167/dt.2016.030106
- McQueen, Alison, 2017: Political Realism and the Realist ,Tradition'. In: Critical Review of International Social and Political Philosophy 20 (3), 296–313. https://doi.org/10.10 80/13698230.2017.1293914
- Mindle, Grant B., 2009: Machiavelli's Realism. In: The Review of Politics 47 (2), 212–230. https://doi.org/10.1017/S0034670500036706
- Mouffe, Chantal, 2018: For a Left Populism, London / New York.
- Nida-Rümelin, Julian, 2018: Unaufgeregter Realismus: Eine philosophische Streitschrift, Paderborn. https://doi.org/10.30965/9783957437754

- Przeworski, Adam, 2019: Crises of Democracy, Cambridge. https://doi.org/10.1017/9781108671019
- Prinz, Janosch / Rossi, Enzo, 2017: Political Realism as Ideology Critique. In: Critical Review of International Social and Political Philosophy 20 (3), 348–365. https://doi.org/10.1080/13698230.2017.1293908
- Prinz, Janosch / Rossi, Enzo, 2022: Financial Power and Democratic Legitimacy: How to Think Realistically about Public Debt. In: Social Theory and Practice 48 (1), 115–140. https://doi.org/10.5840/soctheorpract2021121144
- Putnam, Hilary, 1994: The Dewey Lectures 1994. Sense, Nonsense, and the Senses: An Inquiry into the Powers of the Human Mind. In: The Journal of Philosophy 91 (9), 445–518. https://doi.org/10.2307/2940978
- Reichwein, Alexander / Rösch, Felix, 2021 (Hg.): Realism: A Distinctively 20th Century European Tradition, Basingstoke. https://doi.org/10.1007/978-3-030-58455-9
- Rossi, Enzo, 2016: Can Realism Move Beyond a Methodenstreit? In: Political Theory 44 (3), S. 410–420. https://doi.org/10.1177/0090591715621507
- Rossi, Enzo / Sleat, Matt, 2014: Realism in Normative Political Theory. In: Philosophy Compass 9/10, 689–701. https://doi.org/10.1111/phc3.12148
- Rutherford, Nat, 2022: Is Political Realism Barren? Normativity and Story-telling. In: Critical Review of International Social and Political Philosophy. https://doi.org/10.1 080/13698230.2022.2120658
- Schaal, Gary S., 2016: Der aktuelle Diskurs über die Krise der Demokratie. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 10, 371–390. https://doi.org/10.1007/s12286-016-0310-0
- Scheuerman, William E., 2013: The Realist Revival in Political Philosophy, or: Why New is Not Always Improved. In: International Politics 50, 798–814. https://doi.org/10.1057/ip.2013.39
- Schmidt, Siegfried J., 1987 (Hg.): Der Diskurs des Radikalen Konstruktivismus, Frankfurt (Main).
- Searle, John Rogers, 1997: Die Konstruktion der gesellschaftlichen Wirklichkeit: Zur Ontologie sozialer Tatsachen, Reinbek.
- Sirsch, Jürgen, 2020: Designing Realistic Utopias: Ideal Theory in Practical Political Philosophy, Baden-Baden. https://doi.org/10.5771/9783748922063
- Sleat, Matt, 2013: Liberal Realism: A Realist Theory of Liberal Politics, Manchester. https://doi.org/10.7228/manchester/9780719088902.001.0001
- Szücs, Zoltán Garbor, 2018: The A-theoretical Core of Political Realism. In: Studies in Social & Political Thought 28, 31–43. https://doi.org/10.20919/sspt.28.2018.91
- Tong, Zhichao, 2020: Political Realism and Epistemic Democracy: An International Perspective. In: European Journal of Political Theory 19 (2), 184–205. https://doi.org/10.1177/1474885118799454
- Ulaş, Luke, 2020: Can Political Realism Be Action-Guiding? In: Critical Review of International Social and Political Philosophy. https://doi.org/10.1080/13698230.20 20.1774855

- Urbinati, Nadia, 2016: Reflections on the Meaning of the "Crisis of Democracy". In: Democratic Theory 3 (1), 6–31. https://doi.org/10.3167/dt.2016.030102
- Valentini, Laura, 2012: Ideal vs. Non-Ideal Theory: A Conceptual Map. In: Philosophy Compass 7/9, 654–664. https://doi.org/10.1111/j.1747-9991.2012.00500.x
- Waldron, Jeremy, 1999: Law and Disagreement, Oxford. https://doi.org/10.1093/acprof: oso/9780198262138.001.0001
- Wendt, Fabian, 2016: On Realist Legitimacy. In: Social Philosophy and Policy 32 (2), 227–245. https://doi.org/10.1017/S0265052516000182
- Westphal, Manon, 2022: Against the Status Quo. The social as a Resource of Critique in Realist Political Theory. In: Critical Review of International Social and Political Philosophy. https://doi.org/10.1080/13698230.2022.2120660